

# Sind freie Privathochschulen noch existenzfähig?

Der Fall Witten/Herdecke

Angelika Sandtmann

Die erste deutsche Privatuniversität Witten/Herdecke hat seit ihrer Gründung im Jahre 1982 immer wieder mit größeren Problemen, finanzieller und struktureller Natur, zu kämpfen gehabt. Seit Dezember 2008 hat sich die Lage mit der überraschenden Streichung schon zugesagter Landesmittel jedoch dramatisch zugespitzt. Es ist noch offen, ob die drohende Insolvenz der Hochschule abgewendet werden kann. Die Ereignisse seit Dezember, über die in vielen Medien ausführlich berichtet wurde (vgl. Pressespiegel auf der von Wittener Studenten neu eingerichteten Internetseite [www.deutschlandbrauchtitten.de](http://www.deutschlandbrauchtitten.de)), seien hier kurz zusammengefasst:

Am 17.12. teilt das Wissenschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen bei einem kurzfristig einberufenen Gesprächstermin mit, dass es die für 2008 zugesagten Fördermittel in Höhe von 4,5 Millionen Euro nicht auszahlen werde. Der Grund: Die Universität habe keinen belastbaren und testierten Wirtschaftsplan vorgelegt und könne keine ordnungsgemäße Geschäftsführung nachweisen. Damit seien »die rechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Landeszuwendungen« nicht erfüllt. Darüber hinaus fordert das Wissenschaftsministerium 3 Millionen Euro für das Jahr 2007 zurück. Erst im Nachhinein sei bekannt geworden, dass die Hochschule über mehr Mittel verfügt habe, als sie im Finanzplan für 2007 angegeben habe. Diese Entscheidung, so schreibt die Universität in ihrer Pressemitteilung, komme absolut überraschend und sei für sie nicht nachvollziehbar. Beide Vorwürfe weist sie entschieden zurück. Sie hat umgehend eine juristische Prüfung des Vorgehens des Ministeriums eingeleitet.

Bei einem Gesamtetat von 31,1 Millionen Euro (Geschäftsjahr 2006/2007) ist die Streichung von insgesamt 7,5 Millionen kaum zu verkraften. Konrad Schily, Gründer und langjähriger

Präsident der Universität, meinte in der Sendung »Campus und Karriere« im Deutschlandfunk, dass dies das Aus für die Hochschule bedeuten könnte. Er sieht in der Streichung der Landesmittel eindeutig eine politische Entscheidung.

Nach Hinweisen in verschiedenen Medien (z.B. [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) vom 16. und 17.12.2008) scheint darüber hinaus noch eine weitere größere Geldquelle für die Universität zu versiegen: beträchtliche Einnahmen aus Geldbußen. Die Bochumer Staatsanwältin Margrit Lichtinghagen, prominent durch ihre Strafverfolgung reicher Steuerhinterzieher, zum Beispiel auch von Klaus Zumwinkel, hat offenbar seit Jahren in ihren Vorschlägen zur Verteilung der Bußgelder die Universität großzügig bedacht. Da ihre Tochter mittlerweile in Witten studiert, wird ihr Kungelei vorgeworfen. In Kürze wird sie die Bochumer Staatsanwaltschaft verlassen und als Amtsrichterin tätig werden.

Am 18.12. stellt Prof. Dr. Birger Priddat mit sofortiger Wirkung sein Amt als Präsident der Universität und als Geschäftsführer der Private Universität Witten/Herdecke gGmbH zur Verfügung, »um Schaden von der Universität« abzuwenden und »die Voraussetzungen für einen Neuanfang in der Beziehung zum Land Nordrhein-Westfalen zu schaffen«. Priddat hatte erst im August 2007 dieses Amt im Zuge der Umstrukturierung der Hochschule in eine Stiftungsuniversität übernommen (vgl. DIE DREI 10/2007).

Am selben Tag demonstrieren ca. 200 der insgesamt 1.200 Studenten vor dem Düsseldorfer Landtag gegen die mögliche Schließung der Universität, eine Delegation spricht mit Landtags- und Regierungsvertretern.

Auch der Betriebsrat, der 600 unmittelbar an der Universität Beschäftigte vertritt, protestiert. Die Universität stelle ein öffentliches Gut bereit

und greife dafür nur zu einem geringen Teil auf Steuermittel zurück. Indirekt seien noch weitere 2000 Arbeitnehmer mit der Universität verbunden.

Am 22.12. stellt auch der Vize-Präsident und Geschäftsführer Dipl. Ök. Maxim Nohroudi seine Ämter mit sofortiger Wirkung zur Verfügung, »um der Universität strategisch wie personell einen Neuanfang zu ermöglichen«.

23.12.: Nach einer nächtlichen Krisensitzung unter Leitung von Innovationsminister Andreas Pinkwart wird die Zahlungsfähigkeit der Hochschule über den Jahreswechsel aus dem Kreise der potentiellen strategischen Partner gesichert. Dies sind SRH Holding, Software AG Stiftung und der Gemeinnützige Verein zur Entwicklung von Gemeinschaftskrankenhäusern Herdecke. Eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft soll bis Anfang des Jahres 2009 die finanzielle Situation der Hochschule transparent machen, auf deren Grundlage die potentiellen strategischen Partner mit der Hochschule ein belastbares Finanz- und Hochschulentwicklungskonzept erarbeiten. Eine weitere Förderung des Landes sei dann möglich. Bereits im letzten Jahr war die SRH Holding als möglicher Förderer im Gespräch, womit aber voraussichtlich ein inhaltlicher Richtungswechsel verbunden gewesen wäre (vgl. DIE DREI 3/2007 und 10/2007).

5.1.2009: In einer Krisensitzung im Düsseldorfer Wissenschaftsministerium wird der Bericht der beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young präsentiert, der den zusätzlichen Finanzbedarf der Universität in den nächsten 3 Jahren mit fast 17 Millionen Euro angibt. Die Prüfer empfehlen, umgehend den Liquidationswert der Universität zu ermitteln. Am 22. Januar soll die nächste Sitzung im Wissenschaftsministerium stattfinden.

6.1.: Der 42-jährige Diplom Ökonom Michael Anders, Absolvent von Witten, übernimmt ab sofort das Amt des kaufmännischen Geschäftsführers. Seit 1999 war Anders bei der Software AG Stiftung tätig, die ihn 2004 als Kanzler und Geschäftsführer an die Alanus Hochschule Alfter entsandte, wo er u.a. die Alanus Stiftung gründete und ihr bis zuletzt als deren Geschäftsführer vorstand. Im Gespräch mit der

Zeitung »Die Welt« sagt er, dass in den nächsten drei Jahren rund 20 Millionen Euro mit Hilfe von Investoren abgedeckt werden müssten. Die Verhandlungen mit drei bis vier potentiellen Investoren, wozu nun auch wieder Droege International zähle (vgl. DIE DREI 10/2008), gestalten sich allerdings schwierig, da sich mit der Privatuniversität keine Rendite erwirtschaften lasse (www.focus.de vom 11.1.2009).

12.1.: Günther Hanke wird als weiterer Geschäftsführer bestellt. Er war nach seinem Studium in München vor allem in leitenden Aufgaben von Krankenhausträgern und Sanierungsfällen tätig.

Bei den derzeitigen Krisengesprächen gerät etwas aus dem Blick, dass die Universität Witten/Herdecke bis heute in mehrfacher Hinsicht eine singuläre Erscheinung in der deutschen Bildungslandschaft darstellt. Ein Scheitern dieser Hochschule wäre daher mehr als nur die Schließung einer einzelnen Bildungseinrichtung. Vielmehr würde damit das deutsche Bildungswesen grundsätzlich hinterfragt: Ist es heute möglich, Hochschularbeit in privater und wirklich freier Weise, d.h. nicht von einem Wirtschaftsunternehmen abhängig, zu betreiben? Immer noch gibt es sehr wenige private Universitäten in Deutschland. Das Handbuch privater Hochschulen in Deutschland aus dem Jahre 2002 führt 15 staatlich anerkannte Universitäten und wissenschaftliche Hochschulen in privater Trägerschaft auf; der aktuelle Hochschulkompass (www.hochschulkompass.de) weist in ganz Deutschland nur 9 solcher Universitäten und Hochschulen mit Promotionsrecht nach. Die meisten wurden erst in den 90er Jahren gegründet und haben größtenteils ihren fachlichen Schwerpunkt im Bereich Wirtschaft und Management, Studiengänge, die keinen hohen Aufwand an technischer Ausstattung erfordern und daher weniger kostenintensiv sind. Witten ist immer noch die einzige private Hochschule, die auch eine medizinische Ausbildung ermöglicht. Ihr ganzheitliches Bildungsideal mit einer Ausrichtung auf die Eigenverantwortung der Lernenden und einem geisteswissenschaftlichen und künstlerischen Grundstudium unterscheidet sie von der enger

fachspezifischen Ausrichtung anderer privater Hochschulanbieter, die zudem mit den Studiengebühren einen deutlich höheren Anteil an den Gesamtkosten abdecken als Witten.

Am deutlichsten zeigt sich der etwas andere Geist dieser Hochschule in dem Engagement der Studenten in der gegenwärtigen Krise. Sie haben eine neue Internetseite ins Leben gerufen, in der sie unter anderem ein Zukunftspapier erstellt haben ([www.deutschlandbrauchtwissen.de](http://www.deutschlandbrauchtwissen.de) bzw. [www.wittenbrauchtdeutschland.de](http://www.wittenbrauchtdeutschland.de)). Darin besinnen sie sich auf die Gründungsidee des »Esprit Engagé«, wie ihn Alfred Herrhausen in seiner Rede bei der Gründung der Universität genannt hatte. Die Studenten meinen, dass sich die Universität seit über zehn Jahren in Frage stellen müsse, bedingt durch Finanzkrisen, Führungsmisere und Organisationsprobleme. Wenn sie sich wieder »radikal auf ihre Idee zu-

rückbesinnt und sie in das Zentrum der Organisation zurückrückt, kann die Universität exzeptionell wertvoll werden«. Die Studenten erklären sich außerdem bereit, höhere Studiengebühren zu bezahlen. Sie setzen auf die Ideale »Zur Freiheit ermutigen«, »Soziale Verantwortung fördern« und »Nach Wahrheit streben«. Insofern leben sie die Kultur einer freien Universität. Sie und alle an einer Vielfalt der Hochschulbildung Interessierten hoffen auf Investitionspartner für Witten, die »tatsächlich an der Uni als Universität interessiert sind und nicht an einer Bildungsfabrik, in der nur möglichst schnell und effizient möglichst viele junge Leute zum Examen gebracht werden« ([www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 9.1.2009).

[www.uni-wh.de](http://www.uni-wh.de); [www.deutschlandbrauchtwissen.de](http://www.deutschlandbrauchtwissen.de); [www.nna-news.org](http://www.nna-news.org)

## Weltweite Kampagne gegen Patente auf Leben

Seit einigen Jahren werden weltweit Patente auf gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere vergeben. Dadurch verlieren Landwirte das Recht, Saatgut aus der Ernte zurückzubehalten und Züchter das Recht, mit dem patentierten Saatgut weiter zu züchten. Inzwischen werden aber nicht mehr nur für gentechnisch veränderte Organismen (GMO) Patente beansprucht, sondern auch für konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere. Am umstrittensten ist das Projekt des Agrar-Konzerns Syngenta, der große Teile des Reis-Genoms zum Patent angemeldet hat. Dabei wird auch die Züchtung von anderem Getreide erfasst, das ähnliches Erbgut hat wie Reis, beispielsweise Mais und Weizen. Es zeigt sich eine wachsende Gefahr, dass die genetische Vielfalt landwirtschaftlich genutzter Pflanzen und Tiere von einigen Unternehmen weltweit monopolisiert wird (vgl. DIE DREI 2/2008).

Viele Landwirte, Forscher, Züchter und Nichtregierungsorganisationen haben sich zu der weltweiten Initiative »no patents on seeds« zusam-

mengeschlossen, um in einem globalen Aufruf, der sich an die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes, an Regierungsvertreter und Aufsichtsräte der Agrarindustrie-Unternehmen wendet, gegen Patente auf konventionelles Saatgut und Nutztiere zu protestieren. Die Initiatoren des Aufrufs sind: Erklärung von Bern, Development Fund, Greenpeace, Kein Patent auf Leben!, Misereor und SwissAid. Die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes hat in Kürze über ein Patent zu entscheiden: eine Methode, spezielle Inhaltsstoffe bei Brokkoli zu erhöhen. Die Unterzeichner der Initiative sehen in der anstehenden Entscheidung einen Wegweiser für die Patent-Fähigkeit von konventionellem Saatgut in Europa. Der gegenwärtige Trend in der Patent-Politik wird viel mehr Landwirte und Züchter betreffen als zuvor bei den GMO-Patenten. Die Überlebensfähigkeit vieler Kleinbetriebe, die Nahrungssicherheit und der Erhalt der Arten- und Sortenvielfalt in der Landwirtschaft geraten in Gefahr. Die Unterzeichner setzen sich für einen freien Zugang zu Saatgut und genetischen Ressourcen ein. as

[www.no-patents-on-seeds.org](http://www.no-patents-on-seeds.org); [www.nna-news.org](http://www.nna-news.org)

## Städtische Mobilität im Wandel

Weltweit leidet die Lebensqualität in Städten unter den nicht gelösten Verkehrsproblemen. Der Bedarf an Mobilität wächst aber weiter, so dass dringend intelligente Lösungen nötig sind. Mittlerweile wartet der Ökosektor mit einer großen Bandbreite an Lösungsansätzen auf, der allmählich auch von Stadtplanern berücksichtigt wird. Die Hauptprobleme an der innerstädtischen Nutzung des eigenen Pkw sind neben der Luftverschmutzung der große Platzbedarf. Die Umstellung auf Elektroautos, kombiniert mit Carsharing-Systemen, die flächendeckend eingerichtet werden, könnte Abhilfe schaffen. In Belgiens Hauptstadt Brüssel haben die gute Vernetzung des Car-Sharing-Angebots mit dem öffentlichen Verkehr und eine städtische »Stilllegungsprämie« für private Pkw dem Car-Sharing Zuwachsraten von 40 Prozent gebracht. Zum anderen gibt es Bestrebungen, das Taxifahren umweltfreundlicher zu gestalten: vermehrter Einsatz von Elektroautos oder die Umstellung auf wettertauglich überdachte Fahrrad-Taxis. In vielen Städten können mittlerweile für einen bestimmten Zeitraum kostenlos Fahrräder im Selbstbedienungssystem ausgeliehen werden. Die Qualität dieses Angebotes hängt entscheidend von der Dichte der Stationen ab. Hannover setzt beispielsweise mit seiner Karte »Hannovermobil« auf eine effektive Kombination verschiedener Verkehrsmittel: Damit können öffentliche Verkehrsmittel, vergünstigtes Carsharing und günstigere Taxi-Fahrten genutzt werden. Städteplaner haben inzwischen auch erkannt, dass die Gestaltung des Wohnumfeldes

entscheidend ist für die primäre Nutzung des Fortbewegungsmittels. Im Wiener »Projekt Bike City« wurde der Wohnbau speziell auf die Bedürfnisse von Fahrradfahrern abgestimmt. Die Hälfte der Autostellplätze (nach allgemeiner Autostellplatzerrichtungspflicht) musste durch einen Gemeinderatsbeschluss nicht gebaut werden. Das dadurch eingesparte Geld und der eingesparte Platz konnte für Radinfrastruktur, Saunas und andere Wellness-Bereiche verwendet werden: in der Erdgeschosszone Fahrradverleih, Reparaturdienste und Werkstätten; extra große Aufzüge für die Radmitnahme, vor jeder Wohnungstüre ein eigener Radparkplatz. Für die etwa 100 Wohnungen in dieser Bike City gab es 2000 Voranmeldungen. *as*

[www.oekonews.at](http://www.oekonews.at); [www.vcd.org](http://www.vcd.org); [www.fairkehr.de](http://www.fairkehr.de); [www.derstandard.at](http://www.derstandard.at)

## Anthroposophische Termine online

Dirk Eickmeier und Dörthe Genatowski, die Verantwortlichen von [www.anthroinfo.de](http://www.anthroinfo.de) haben eine weitere Website [www.anthrotermin.de](http://www.anthrotermin.de) eingerichtet. Mit dem Ziel, »der Anthroposophie eine größere und leicht zugängliche Öffentlichkeit zu ermöglichen«, bieten sie einen öffentlichen Veranstaltungskalender an. Der Besucher kann Termine nach verschiedenen Kriterien, wie z.B. Umkreis um eine PLZ, Kategorie (z.B. Anthroposophie allgemein, Christengemeinschaft, Eurythmie, künstlerische Kurse, Studientage, Zweigarbeit u.a.) oder Veranstaltungsort suchen. *as*

[www.anthroinfo.de](http://www.anthroinfo.de), [www.anthrotermin.de](http://www.anthrotermin.de)

Anzeige

**Kraftort Baikalsee**  
**30. Juli - 17. August 2009**

Sehr individuell geführte Reise:  
 Begegnungen mit Völkern und Kulturen, Religionen (Schamanismus, Buddhismus, Altgläubige),  
 Ökologie, Kraftorten in der faszinierenden Landschaft

**– Irkutsk, Ulan Ude, Insel Olchon, Heilige Nase, Bargusintal –**

2440 EUR. – Bettina Woiwode, Tel. 0761-475311, [woiwode@gmx.de](mailto:woiwode@gmx.de)